

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Feiertagen nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Bestellung ins Haus für Deutschland 10 M., im Ausland 12 M. ...

Die achtspaltige Wapenzeitung oder deren Raum kostet 5.- M. einschließlich Teuerungszuschlag. Kleine Anzeigen: Das jetzige Wort 2.- M., jedes weitere Wort 1,30 M. ...

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Es gibt keine Winkelzüge

Gleichzeitige Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Einwohnerwehren

CC. Paris, 2. Juni.

Unfähig des Abschiedsbesuches, den gestern der Vorsitzende der deutschen Friedensdelegation, Herr von Mutius, Briand abkattete, erklärte er, daß die deutsche Regierung die ernsteste Absicht habe, die Entwaffnung der Einwohnerwehr durchzuführen. Briand antwortete, daß die französische Regierung sich an den Buchstaben des Ultimatums halte und daß die Alliierten gleichzeitig die Entwaffnung und Auflösung der Einwohnerwehr forderten.

Gestern wurde auch der deutsche Botschafter Dr. Mayer von Briand empfangen. Auch er teilte dem französischen Ministerpräsidenten mit, wie ernst es der deutschen Regierung mit der Erfüllung der von ihr eingegangenen Verpflichtungen sei. Er erhielt dieselbe förmliche Antwort wie Herr von Mutius.

Die Antwort des französischen Ministerpräsidenten sagt nochmals deutlich, daß es keine Winkelzüge hinsichtlich der bayerischen Einwohnerwehr gibt. Es handelt sich nicht nur um die Entwaffnung, sondern auch um die Auflösung der Einwohnerwehren. Und hier steht der Widerstand der Kreise ein, die um alles in der Welt nicht ihre geliebte Einwohnerwehr verlieren wollen. Es heißt, zur Auflösung der entwaffneten Einwohnerwehr fehle die gesetzliche Grundlage, da sie in dieser Gestalt keinem Reichsgesetz widerspräche. Trifft das zu, dann muß eben schleunigst ein neues Gesetz geschaffen werden, das der politischen Notwendigkeit der Auflösung der Einwohnerwehren auch die gesetzliche Grundlage gibt. In gleicher Lage wurde ja auch das Entwaffnungsgesetz geschaffen.

Die Auflösung der Einwohnerwehren ist deshalb unerlässlich, da die Entwaffnung für sich allein die Gefahr, die diese Organisation bildet, nicht beseitigt. Das Bestehen der Organisation fördert die Pflege des Orgeschgeistes, die Vergiftung des innerpolitischen Lebens, schafft die Möglichkeit der Beiseiteschaffung von Waffenvorräten. Und wir würden bei jeder Gelegenheit das traurige Spiel erleben, wie uns das Beispiel der Freikorps zeigt, daß die Einwohnerwehr gerüstet und bereit dasteht, zum Kampf gegen den inneren Feind, als Ursache neuer Verwicklungen mit der Entente. Nur die sofortige restlose Auflösung und Entwaffnung und die Verhinderung der Neubildung ähnlicher Organisationen werden uns auf die Dauer von diesem Gebilde befreien, das uns nach innen und nach außen so unendlich geschadet hat.

Neuwahlen in Portugal

Lissabon, 2. Juni. (Havas.)

Das Parlament wurde aufgelöst. Die Wahlen zu den gesetzgebenden Körperschaften wurden auf den 20. Juni festgesetzt.

Wirths Rede in England

London, 2. Juni.

Die Abendblätter bringen die von Reuters in ausführlicher Fassung wiedergegebene Reichstagsrede Dr. Wirths mit großen Ueberschriften an erster Stelle, enthalten sich jedoch bisher jeden Kommentars.

Um die Sanktionen

Paris, 2. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter der „Chicago Tribune“ schreibt, daß die Forderung, über das Datum für die Räumung von Düsseldorf, Duisburg und Ruhrort und für die Aufhebung der Zollgrenze am rechten Rheinufer zu einem Uebereinkommen zu gelangen, die wahre Ursache dafür sei, daß England auf dem sofortigen Zusammentritt des Obersten Rates bestche. Die amerikanische Meinung teile den Standpunkt der Engländer, Italiener und Japaner, daß die Erhebung einer zehnjährigen Abgabe längs des Rheins dem deutschen Außenhandel schädlich sei.

Frankreich will gesichert sein

Englisch-amerikanisch-französische Allianz

CC. Paris, 2. Juni.

„Chicago Tribune“ veröffentlicht heute morgen einen vom Quai d'Orsay (französisches Auswärtiges Amt) offensichtlich inspirierten Artikel, der auf eine Neuorientierung der französischen Politik gegenüber England und Deutschland hinweist. Das Blatt schreibt, daß zwischen Frankreich und Deutschland der Friedenszustand immer nur die Ruhe zwischen zwei Kriegen sei. Die Deutschen seien durch die Geburtsziffern bereits stärker als die Franzosen, die nun auch noch ihren großen Alliierten, Rußland, verloren haben. Die englische Politik in Kontinentaleuropa könne in 10 oder 20 Jahren eine Wendung erfahren. Zur Zeit Napoleons III. schreibe das Blatt, war England mit Bismarck, zur Zeit Wilhelms II. war es mit Frankreich. Die Entente kann fortbestehen, aber die Franzosen können nicht mit Sicherheit auf sie zählen. Gegenüber Deutschland jedoch sei Frankreich ungeklärt. Deshalb wolle auch Marshall

Nach den Rhein als Grenze haben, und deshalb sei auch der Allianzvertrag zwischen Frankreich und England geschlossen worden. Wenn nun auch die Vereinigten Staaten mit Frankreich durch Vermittlung Englands ein Abkommen schließen würden, wonach sie im Falle eines deutschen Angriffes Hilfe leisten müßten, dann würde Frankreich seine Ansprüche gegenüber Deutschland abändern. Es würde zwar nicht auf die Reparationsforderungen verzichten, aber es würde doch jene Forderungen fallen lassen, deren Zweck dahingeht, Deutschland in einem gewissen Zustand der Schwäche zu halten.

Der heutige Leitartikel des „Temps“ gibt ebenfalls dem Gedanken Ausdruck, daß eine Erleichterung der europäischen Lage dadurch herbeigeführt werde, daß England und Amerika Frankreich das Versprechen gäben, es im Falle eines deutschen Angriffes militärisch zu unterstützen.

London, 2. Juni.

Der Pariser Berichterstatter der „Westminster Gazette“ schreibt im Anschluß einerseits an die Bemerkung Lloyd Georges über „neue Freundschaften“ und andererseits an die Erklärung des Pariser „Temps“, daß eine kontinentale Politik eines der Systeme sei, die Frankreich wählen könne, es sei durchaus unwahrscheinlich, daß man eine Art von Wettrennen zwischen England und Frankreich, um sich mit Deutschland zu vereinigen, erleben werde. Die diesbezüglichen Bemerkungen, die man auf beiden Seiten des Kanals gehört habe, seien absurd. Weder Frankreich noch England könnten es sich leisten, die Entente zu opfern. Die Gefahren neuer Freundschaften seien zu groß. Die Volkstimmung, die schließlich ins Gewicht falle, würde sich über eine solche Wendung empören. Außerdem habe Briand seine Populartät gegenüber der Entente klar bewiesen, desgleichen endlich seine Bereitschaft gezeigt, lieber Zugeständnisse zu machen, selbst wenn diese Zugeständnisse einem Teile des französischen Parlaments missfallen sollten, als die Entente zu schwächen.

Werbungen für Oberschlesien

Das von der Reichsregierung erlassene Verbot, Werbungen für Oberschlesien vorzunehmen, wird von den Orgeschführern nicht beachtet. Die angebotenen Strafen scheuen nicht, weil die Werber ganz genau wissen, daß ihnen vor einem deutschen Gericht nichts geschehen kann. Eine weit verzweigte Organisation besteht, die die Werbungen finanziert und die nach Oberschlesien transportierten schwarz-weiß-roten Bänder löhnt und verpflegt. In der Nacht Brandenburg werden in vielen Orten neue Werbeplakate für die ober-schlesische Orgesch angeschlagen. In Braunschweig ist, wie der „Vorwärts“ berichtet, am Donnerstag eine Werbe-stelle aufgehoben worden, die sich in den Räumen der studentischen Verbindung „Germania“ befand. Der Leiter der Werbe-stelle war ein früherer Reichswehrhauptmann Kuhn, der während der Kapplage unter der Fahne des Generals Lüttwig gegen die Republik kämpfte. Ueber hundert Personen, in der Hauptsache Studenten der Technischen Hochschule, sind angeworben und nach Oberschlesien geschickt worden. In den beschlagnahmten Papieren steht, daß die Verfügung der Reichsregierung nur als Proklamation nach außen hin zu werten sei, also ein Schein-mandant darstelle. Für den sogenannten Selbstschutz käme das Verbot nicht in Frage. Der verhaftete Hauptmann Kuhn ist der Hauptleiter der braunschweigischen Orgesch. Wir sind nun neugierig, ob er zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen wird.

Sehr interessant ist auch ein Vorgang in Leipzig. Das dortige Zeitfreiwilligenregiment ist im Sommer vorigen Jahres „aufgelöst“ worden. Es vollzog sich aber nur ein Firmen-wechsel, denn die militärische Organisation blieb bestehen und zergliederte sich nunmehr in verschiedene „Sportvereine“. Als kürzlich in Oberschlesien die Kämpfe einsetzten, sandten auch die Leipziger Zeitfreiwilligen Streiter, von denen mehrere im Kampfe fielen. Jetzt sind in den bürgerlichen Blättern die Nachrufe für die Gefallenen erschienen, und es zeigen Verluste an:

Der Bund Schwarz-Weiß-Rot,
Der Verein Wanderlust 1920,
Die Vereinigung Bartha.

Durch das Einsehen ihrer Mitglieder in Oberschlesien haben diese Vereine ganz offen den Beweis erbracht, daß sie militärischen Charakter haben. Wir fragen: Wie lange werden die Behörden die Zeitfreiwilligenformationen in der Masse der Sportvereine noch dulden? Wann werden sie diese gegenrevolutionären, antirepublikanischen, militärischen Verbände auflösen? Wenn es sich um ein Einschreiten gegen revolutionäre Arbeiter handelt, weiß man schnell zuzugreifen. Das bewaffnete Bürgertum hat bisher sein Organisationsrecht aufrechterhalten können. Soll auch weiter mit zweierlei Maß gemessen werden?

Wie beim Balkanabenteuer arbeiten auch die ober-schlesischen schwarz-weiß-roten Bänderführer wieder mit gefälschten Papieren. Den Angeworbenen werden Papiere ausgehändigt, die bescheinigen, daß es sich um geborene Oberschlesier handelt. Derweil sind die Angeworbenen nahezu allesamt landstremde Elemente im wahren Sinne des Wortes.

Das erste Schiff in Petersburg. Am 29. Mai ist das erste ausländische Schiff unter holländischer Flagge mit 6000 Paketen an Bord in Petersburg eingetroffen. Als das Schiff sich dem Kronstädter Ufer näherte, wurde es von der russischen Kriegsmarine mit Salutschüssen begrüßt. Der holländische Dampfer erwiderte die Grüße der russischen Matrosen.

Narren oder —?

Sabt acht auf Epistel und Provokateure!

Der deutsche Militarismus ist noch nicht tot, sein Geist lebt fort in den Kriegervereinen, in den Offiziersverbänden, in der Orgesch, beim Selbstschutz, überall dort, wo seine früheren Krieger die Reste früherer Herrlichkeit aufzusuchen versuchen. Der Geist des Militarismus lebt aber auch noch in solchen Kreisen weiter, die früher selbst das Objekt des Kadavergehorsams, des Gamalschendienstes, der leiblichen und seelischen Knechtung gewesen sind. Von diesem militaristischen Geist ist auch ein Rundschreiben erfüllt, das die Zentrale der R. P. D. über die Organisation der Partei an ihre Ortsgruppen verschickt hat. Wie eine Partei ihren Aufbau vornehmen will, ist gewöhnlich ihre eigene Sache. In diesem Falle jedoch hat die gesamte Arbeiterklasse ein wesentliches Interesse daran, die Geheimnisse der kommunistischen Organisation kennen zu lernen.

Es wird zunächst gesagt, daß die kleinste Abteilung, die Zehnergruppe sei, der ein bestimmtes Tätigkeitsgebiet zugewiesen werde. Jedem Mitgliede der Zehnergruppe müssen ein oder mehrere Häuser zur Bearbeitung überwiesen werden. Die wichtigste Arbeit ist die Nachrichten-sammlung. Wir hören darüber:

„Die Nachrichten-sammlung besteht in der genauen Ausforschung aller politisch und militärisch wichtigen Ereignisse, die in den Häusern vorkommen. Der Genosse muß in seinem Tätigkeitsgebiet wissen, wieviel revolutionäre Kräfte vorhanden sind, wieviel Mitglieder der R. P. D., der U. S. P. D., S. P. D. usw. wieviel Parteiloje; er muß wissen, wie viel konterrevolutionäre Kräfte vorhanden sind; von diesen wieder, wieviel indifferent bei ersten Auseinandersetzungen beiseite stehen, wieviele aktive Konterrevolutionäre, die gegen uns im Kampfe stehen; er muß auskundschaften, ob in diesen Häusern die Bewohner über Waffen verfügen, ob Waffenlager in diesen Häusern sich befinden, ob Mitglieder der Orgesch, der Selbstschutzorganisationen vorhanden sind, ob geheime Sitzungen der konterrevolutionären Organisationen abgehalten werden, und er hat die regelmäßige Bearbeitung all dieser Bewohner vorzunehmen unter besonderer Berücksichtigung der Reichswehrsoldaten, der Sicherheitsoldaten, der indifferenten Arbeiter usw. Er muß also in seinem Tätigkeitsgebiet jeden einzelnen Menschen kennen und muß wissen, welche Stellung jeder dem revolutionären Proletariat jetzt und bei den kommenden Auseinandersetzungen gegenüber einnimmt.“

Der Genosse hat nicht nur die Häuser zu beobachten, auch die dazugehörigen Höfe, Scheunen und sonstigen Lagerplätze, in und auf denen mit Vorliebe die Konterrevolution ihre Waffen zu verbergen verläßt.

Ueber alle gesammelten Nachrichten muß der Genosse schweigen. Er hat sie lediglich an seinen Gruppenführer weiterzugeben. Der Gruppenführer muß alle ihm zugehenden Nachrichten auf ihre Richtigkeit prüfen und diese an den Unterbezirksführer und Bezirksführer weitergeben. Dieser wird das gleiche tun und nach Sichtung des Materials alle für die nächste Parteistanz wichtige Mitteilungen an diese weitergeben.“

Jeder Bezirk, so erfahren wir weiter, erhält einen zweiten Bezirkssekretär, der sich ausschließlich mit der „Durchorganisation“ von dieser Art befaßt soll. Die einzelnen Bezirke werden in Oberbezirke zusammengeschlossen, für die die Zentrale politische und organisatorische Kommissare ernannt. Diese Oberkommissare

haben die Aufgabe, in regelmäßigen Zusammenkünften der Funktionäre der zusammengeschlossenen Bezirke für die einheitliche politische Orientierung im Bezirk zu sorgen, sowie die Kontrolle über die organisatorische Durchführung der Parteibeschlüsse zu übernehmen.“

Die Beschlüsse der Moskauer Internationale, so wird weiter erzählt, seien nicht so aufzufassen, als müsse neben der gewöhnlichen Organisation noch eine illegale Organisation bestehen. Die Organisation sei lediglich so durchzuführen, daß sie in jeder kritischen Situation in der Lage sei, auch illegal ihre Arbeit weiterzuführen. Zu diesem Zwecke müßten jetzt schon besondere Gruppen zusammengestellt werden:

„Zum Beispiel in jedem Ort eine Druckerkolonne, in der Buchdrucker, Schriftsetzer und alles Hilfspersonal vereinigt ist, die schon jetzt Druckerzeugnisse zu besorgen haben, die nach dem Verbot unserer Zeitung imstande sind, alle in der illegalen Zeit benötigten Drucksachen herzustellen; ferner eine Gruppe zur Beschaffung illegaler Wohnungen, in der die Funktionäre, soweit sie von der Konterrevolution verfolgt werden, ihre Parteiarbeit fortsetzen können. Diese illegalen Wohnungen sind nicht erst in der Aktion, sondern jetzt schon zu beschaffen, sie müssen jederzeit zur Aufnahme der illegal arbeitenden Genossen bereitstehen. Ferner eine Gruppe zum Schutz von Funktionären und zur Bewachung illegaler Sitzungen und Besprechungen. Ferner eine Gruppe zur Konterespionage, zur Auskundschaftung und Beobachtung aller politischen Epistel, die die Arbeit unserer Genossen tören.“

Eine der wichtigsten Aufgaben für die illegale Arbeit, so endet der Aufsatz, sei der Kurierdienst. Es müsse ein Stafetten-dienst eingerichtet werden, durch den die Mitgliedschaft mit der Bezirksleitung und die Bezirksleitung mit der Zentrale in Verbindung bleibe. Neben den legalen Adressen müsse jedes Mitglied auch die illegale Adresse der Bezirksleitung im Besitz haben.

Das reine Exzerzierregiment! Und wenn die politische Polizei nicht schon längst über alle geheimen Pläne der Strategen der kommunistischen Zentrale unterrichtet wäre, so würde sie hier

alles erfahren, was sie braucht. Hat man schon jemals so viel Karreite auf einem Fleck zusammengesehen?

Aber es handelt sich nicht nur um das Spiel politischer Karren, hier soll eine Partei in ein förmliches Spießsystem umgewandelt werden. „Wer nicht für mich ist, der ist wider mich!“ So rief die „rote Fahne“ während des Osterfestes aus, und soll jeder als Gegenrevolutionär denunziert, beschimpft und verfolgt werden, der nicht den politischen Glauben dieser Karren teilt. Die kommunistische Partei ist heute schon angefüllt von gegenseitigem Mißtrauen, von Verfolgung Andersdenkender, von Beschimpfung und Denunziation. Nicht umsonst bringt fast jede Nummer der kommunistischen Presse eine Warnung vor politischem Spießsystem, die sich in die Reihen ihrer Partei eingeschlichen haben. Diese Methoden sollen nunmehr auf die ganze Arbeiterbewegung übertragen, der Giftstoff, der die kommunistische Partei zerlegt, soll das gesamte Proletariat zugrunde richten.

Aber nicht nur das, die Zentrale der K. A. P. D. arbeitet jetzt nach den Methoden der Agents provokateurs. In diesen Tagen ist von ihr ein Flugblatt verbreitet worden, das sich gegen den Selbstschutz der Bourgeoisie wendet. Es heißt dort, daß die Arbeiterklasse nicht länger zögern dürfe, entsprechende Abwehrmaßnahmen zu treffen. Stellungnahmen, Resolutionen fassen, Anträge und Interpellationen einbringen, genüge nicht.

„Es gibt nur einen Weg, die organisierte und bewaffnete Macht der Bourgeoisie zu brechen, das ist die Organisation des proletarischen Selbstschutzes. Wartet nicht darauf, bis die Parteien und Gewerkschaften dazu auffordern. Die zwölfte Stunde schlägt bereits. Es ist keine Zeit zum Warten. Versteht sofort überall Betriebsversammlungen ein und nehmt Stellung zu dieser Frage. Beauftragt vertrauenswürdige, ehrliche Genossen aller Parteien, die Sache in die Hand zu nehmen.“

Jeder, der bereit ist, für die Arbeiterklasse zu kämpfen und zu sterben, muß dem proletarischen Selbstschutz angehören. Jeder Proletarier hat im Weltkrieg nur zu gut gelernt, die Waffe zu gebrauchen. Haltet Euch bereit, eure gewaltige, gesammelte Kraft einzusetzen — nicht länger für fremdes Geld, nicht länger für fremde Interessen.“

Es soll also ein neuer Putsch eingeleitet werden. Die Arbeiter werden in verstärkter Weise aufgefordert, „die Waffe zu gebrauchen.“ Demgegenüber müssen wir ihnen warnend zurufen: Lacht Euch nicht provozieren! Wenn Euch jemand in den Betrieben auffordert, „die Waffe zu gebrauchen“, so seid Ihr verpflichtet, ihn zu fragen, ob er ein Lockspiegel oder ein gekaufter Agent der Bourgeoisie ist. Duldet nicht länger, daß politische Karren ein unverantwortliches Spiel mit Euren Lebensinteressen, mit Eurer eigenen Existenz und der Existenz der gesamten Arbeiterbewegung treiben. Fort mit Putschismus und Militarismus, zurück zu den Methoden des proletarischen Klassenkampfes!

„Arbeitervertreter“

Die schönsten Tieren, die die heutigen Parlamente aufzuweisen haben, sind die sogenannten Arbeitervertreter, die das Zentrum dem deutschen Volke präsentiert. Das hat sich gestern wieder bei der Beratung des Immunitätsantrages und bei der Besprechung der Tätigkeit der Ausnahmegerichte im Preussischen Landtag recht deutlich gezeigt. Als der Abgeordnete Eberlein in seiner Rede darauf hinwies, das bisher schon acht Todesurteile gefällt worden seien, kam aus dem Kreise der Zentrumsfraction der Zwischenruf: Leider bloß acht. Wir haben festgestellt, daß dieser Zwischenruf aus dem Munde des Arbeitersekretärs Georg Stieler kam. Der Mann wohnt in München-Gladbach, er ist aus der Jesuitenschule hervorgegangen und heute Sekretär der katholischen Arbeitervereine für das katholische Deutschland.

Der Katholizismus und die Arbeiterschaft, die sich zu diesem Glauben bekennen, haben sich in diesem Stieler einen vorzüglichsten Repräsentanten ihrer Anschauungen gewählt. Schon das Äußere dieses Herren verrät eigentlich, was Geistes Kind er ist. Bei der Besprechung der Vorgänge in Mitteldeutschland hatte ihn die Zentrumsfraction als ersten Redner vorgelesen. Mit dem scheinheiligen Augenaufschlag,

den die Schule der christlichen Jünglingsvereine ihren Leuten beibringt, besprach Herr Stieler damals die Vorgänge in Mitteldeutschland. Er sprach seine Genugtuung über das scharfe Vorgehen der Ausnahmegerichte aus, bedauerte aber lebhaft, daß noch zu milde Urteile gefällt werden. Denn, so sagte er wörtlich, für die Teilnehmer an diesem Aufstand könne es eigentlich nur eine gerechte Strafe geben: Die Krute und den Galgen.

Kein Wort fand dieser ihrenwerte Vertreter der „christlichen“ Volkspartei für die zahlreichen jugendlichen Personen, die in politischer Verblendung sich dem Aufstand angeschlossen hatten und nun ihre schönsten Jahre hinter Zuchthaus- und Gefängnismauern verbringen müssen. In der gestrigen Landtagssitzung bestätigte der Herr noch einmal, welcher Gesinnung er als wahrer Christ fähig ist. Die Zentrumspartei hat viel der dunkelsten Elemente in ihrer Mitte. Aber die schlimmsten Scharfmacher wirken noch sympathischer, als jene Sorte von Arbeitervertretern, wie sie sich durch den Abgeordneten Stieler und seinesgleichen repräsentieren.

Maschinengewehrjustiz

Der Heizer Franz Bennemann aus Bitterfeld hatte sich am Mittwoch vor dem Ausnahmegericht in Halle zu verantworten. Er befand sich unter der Menge, die in der Nacht vom 26. zum 27. März auf dem Marktplatz in Bitterfeld zwei Kriminalwachmeister entwarf. Obwohl B. verhindert hatte, daß Gewalttätigkeiten geschahen, beantragte der Staatsanwalt 8 Jahre Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust und 500 Mark Geldstrafe. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Zuchthaus.

Die Kapisteln, die gerächt, gestohlen, geplündert und gemordet haben, laufen als ehrenwerte Leute mitten unter uns herum. Manche Richter oder Staatsanwälte läßt man ihnen zu Tisch, ohne zu erröten. Kein Haar wird ihnen von derselben Justiz gekrümmt, die Arbeiter ohne Bedenken maschinenmäßig ins Zuchthaus schießt.

Der Prozeß Neumann

Im dritten Leipziger Kriegsverbrecherprozeß wurde der Angeklagte Neumann wegen Mißhandlung Untergebener zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. In der Urteilsbegründung heißt es, die Anwendung von Gewalt den Engländern gegenüber, die am 2. April ihren Beschluß, die Arbeit zu verweigern, ausführten, sei nicht als Ueberschreitung seiner Befugnisse anzusehen. Strafbar sei dagegen der Fall Kirbride; ebenfalls sei in der Mißhandlung des Zeugen Florence eine strafbare Mißhandlung zu erblicken. Andererseits war gleichfalls die Verurteilung des Zeugen Smart mit der Waffe. Die Begründung der Gefangenen, die nach Verbüßung der Arreststrafe zurückkamen, durfte nicht in Mißhandlung ausarten. Den Gefangenen Sommersgill habe der Angeklagte derartig geschlagen, daß er an den Folgen der Mißhandlungen mehrere Tage zu leiden hatte. Der Angeklagte habe zwar den Ausdruck „Schweine“ mehrfach gebraucht, jedoch könne nur in einem dieser Fälle eine strafbare Beleidigung als erwiesen erachtet werden.

Bei Bemessung der Strafe wurde berücksichtigt, daß das Motiv des Angeklagten kein ehrloses war. Der Gerichtshof hat beschlossen, den Haftbefehl aufzuheben, da kein Fluchtverdacht vorliegt. Infolge der vollen Anrechnung der Untersuchungshaft von vier Monaten hat Neumann noch zwei Monate Gefängnis zu verbüßen.

Am Sonnabend soll gegen den Kapitänleutnant a. D. Karl Neumann, Kommandant des U-Bootes 67, wegen Verfertigung eines Lazarettschiffes verhandelt werden. Die Verteidigung des Angeklagten liegt in den Händen des Leipziger Rechtsanwalts Dr. Hahnemann. Eine Zeugenernehmung ist nicht in Aussicht genommen. W. T. B. hat schon angekündigt, daß nach Eröffnung der Verhandlung das Verfahren sofort eingestellt werden würde, da dem Angeklagten keine Schuld nachzuweisen sei. Man will also, dem Zwang der Umstände gemäß, ein paar kleine Diebe hängen, die großen aber laufen lassen. Wer mehr von der deutschen Justiz erwartet, ist ein Narr. Schon die Tatsache, daß erst das Ausland auf die Bestrafung der Kriegsverbrecher dringen mußte, spricht Bände. Und noch schwerer wiegt der Umstand, daß man nicht bei Wilhelm Hohenzollern, Luden-

dorf und Hindenburg begann, sondern bei ein paar — in Anbetracht der Größe des Gesamtverbrechens — recht unbedeutenden Schächern.

Deutsche Volksvertreter!

Uns wird geschrieben:

In dem letzten Heft der Zeitschrift „Junge Menschen“ werden anlässlich des Todesjages Hans Paasches einige Briefe des Ermordeten aus den Kriegsjahren veröffentlicht. Sie zeigen, daß Paasche schon früh den Kriegswahnsinn erkannt hat. Aufsehen-erregend muß eine Stelle, die sich in einem Briefe Paasches an einen Dr. B. vom 3. April 1917 findet, wirken. Es heißt dort: „Der Abgeordnete von Richtigern hat am 25. März in meiner Gegenwart vor Zeugen gesagt: „Die Abgeordneten können ihre Meinung ja nicht sagen; auch sie stehen unter Militärkautel; wer etwas sagt, wird in den Schützengraben gesteckt.“ Und nun sprich nicht mehr davon, daß ich ungerecht sei. Frankreich und England haben ihre Helden und Männer, wir haben die Abgeordneten, die eines Heldenvolkes würdig sind. Das Wort Richtigens ist verbürgt. Es kann jeder beliebige Gebrauch davon gemacht werden.“

Dieser Brief legt Zeugnis ab für die Art, mit der das vergangene Regime gearbeitet hat. Er ist ein neuer Beweis, mit welchen Mitteln man das „freudige Durchhalten“ des Volkes erzwingt, zugleich bildet dieses Verhalten der Abgeordneten eine Schmach für das ganze Volk. Unter der Krute eines Ludendorff gab das deutsche Parlament seinen Willen kund und äußerte es seine freie Meinung! Aus Angst wurde das Volk wider besseres Wissen und Gewissen verraten. Wenn diese Zellen aus dem Briefe Hans Paasches in die weite Öffentlichkeit dringen, muß sich gegen diese gewissenlosen Männer Entrüstung erheben. Gar viele von ihnen zieren noch jetzt — unter der glorreichen Republik! — den Reichstag. Diese Männer waren keine Volksvertreter, sondern Volksverräter!

Moskauer Zerstörungsarbeit

Spaltung im französischen Transportarbeiterverband

Paris, 2. Juni.

Der Eisenbahnerkongress hat heute nachmittag über einen von den Kommunisten eingebrachten Antrag abgestimmt, der sich für die gewerkschaftliche Direktion des Programms von Amiens ausspricht und mit der russischen Revolution solidarisch erklärt, dagegen die Zusammenarbeit der Klassen und die Teilnahme an der Internationale von Amsterdam ablehnt. Die Resolution, die von Roumoussau und seinen Freunden eingebracht worden war, wurde mit 55 140 gegen 53 677 Stimmen bei 1071 Stimmenthaltungen angenommen. Von den Eisenbahnern aus Elsass-Lothringen stimmten, Havos zufolge, 11 074 für und 1888 gegen den kommunistischen Antrag. Später kam es zu einer Spaltung, als über einen anderen Antrag Roumoussaus abgestimmt wurde, in dem der Kongress ersucht wird, zu beschließen, daß die Vertretung in dem am Freitag stattfindenden Verbandrat im Verhältnis zu den abgegebenen Stimmen stehen soll. Die Gegner des Antrages verließen darauf den Saal. Der Antrag Roumoussaus wurde von den Zurückgebliebenen mit allen gegen drei Stimmen angenommen.

Paris, 3. Juni.

Die in die Minderheit geratenen Anhänger der Gewerkschaftsinternationale von Amsterdam auf dem Eisenbahnerkongress, die den Kongress verlassen haben, haben in gesonderter Beratung eine Resolution angenommen, in der sie gegen die Kommunisten protestieren. Drei Tage hätten die Delegierten des Kongresses unter der Bedrohung von Leuten verhandelt, denen die Mehrheit der Korporation fremd sei. Die Anhänger der gemäßigten Richtung seien entschlossen, das Recht gegen jede Gewalt zu verteidigen. Sie würden die Arbeiter der französischen Eisenbahnen auffordern, sich gegen jede Diktatur zu wenden.

Stapellauf des Lieberer-Frachtdampfers „Bayern“. Am Donnerstag mittag land in Bremen der Stapellauf des großen Frachtdampfers der Hamburg-Amerika-Linie „Bayern“ statt. Die Taufrede hielt der bayerische Ministerpräsident von Kahr.

Rasse und Judentum

Von Privatdozent Dr. Eduard Erles

Der wirtschaftliche Ruin Europas, den der Weltkrieg mit sich gebracht hat, die Unterernährung und Arbeitsunfähigkeit weitaus der Bevölkerung aller Länder, zeigt sich, wie es in solchen Zeiten stets zu gehen pflegt, auf geistigem Gebiet im Aufstehen scheinwissenschaftlicher Probleme, mit den sich die zu ernsthaftem Denken unfähig gewordenen Gehirne, insbesondere die ihrem Untergang zuweilenden Klassen, in unserer Zeit namentlich das Bürgertum, mit Vorliebe zu befassen pflegen. Ein solches scheinwissenschaftliches Problem ist das Rassenproblem, d. h. die Annahme, daß es gegebene, unveränderliche, aus natürlichen Faktoren nicht zu erklärende Eigentümlichkeiten der Menschengruppen gäbe, die sie dauernd in edle und unedle, höhere und minderwertige scheiden und zugleich den „edlen“ Rassen das Recht auf Unterdrückung und Ausbeutung der „unedlen“ verleihen. Ihren aktuellsten Ausdruck finden diese Lehren heute im Antisemitismus, in der Behauptung, daß Judentum sei als „unedle“ Rasse ein Schädling für die europäischen Völker und müsse von diesen ausgestoßen, unterdrückt oder sonstwie ungeschädlich gemacht werden.

Die völlige Sinnlosigkeit aller Rastheorien ergibt sich für jeden, der an wissenschaftliches Denken gewöhnt ist, schon aus ihrer Vorannahme, der unerklärlichen Gegebenheit der Rassenunterschiede. Diese Grundannahme ist mystisch, damit unwissenschaftlich und von vornherein unannehmbar. So haben denn auch alle ernst zu nehmenden Vertreter der Natur- wie der Gesellschaftswissenschaften jede Rasttheorie ein für alle Mal längst abgelehnt. Aber in der populären Literatur, die sogenannten historisch-politischen Charakter trägt, werden diese für die Wissenschaft längst erledigten Lehren gerade jetzt immer wieder hervorgeholt und im Dienste ökonomisch-politischer Interessen propagiert. Zur rechten Zeit erscheint da Karl Kautskys zum erstenmal bei Beginn des Krieges herausgegebene Schrift „Rasse und Judentum“ in zeitgemäß revidierter Neuauflage bei Dietz in Stuttgart. Mit der Kautsky'schen eigenen klaren Erkenntnis, die er zugleich so unüberwindlich dem Leser mitzuteilen versteht, führt er die Rasttheorien ad absurdum, sowohl in ihrer Allgemeinheit wie im speziellen Falle des Antisemitismus. Er zeigt zuerst, wie den Rasttheorien jede wissenschaftliche Grundlage mangelt, wie der Begriff der Rasse seinen Verfechtern selbst völlig unklar ist, so unklar, daß die bei seiner Anwendung auf den Menschen bestehende Zweiheit mit dem Tierreich einmündens, war gleichlautende, aber durchaus verschiedene Begriffe durcheinanderwerfen, nämlich den der Hausrassen, der vom Menschen in bestimmter Ab-

durch künstlicher Züchtung hervorgebrachten Tierformen, und den der Wildtierassen, die nichts als durch das Risiko entstandene geographische Varietäten (Verschiedenheiten) sind. Nur bei den ersteren, den Hausrassen, kann man — aber nur ganz subjektiv und immer in bezug auf eine bestimmte Eigenschaft von unedlen und edlen Rassen reden, beim zweiten ist dergleichen völlig unsinnig. Auf den Menschen aber läßt sich natürlich nur die zweite Rasteneinteilung anwenden, womit denn alles Gerede von den edlen und unedlen Rassen schon hinfällig wird; aber auch diese Einteilung gilt für ihn nicht unbedenken, sondern nur unter Berücksichtigung eines besonderen technischen oder sozialen Verhältnisses. Wie die Wildtierasse sich ändert, wenn sie ihre geographischen Grenzen überschreitet, so auch die Menschenrasse. Dieser aber ist mit ihrer leichten Beweglichkeit in um so höherem Maße Gelegenheit zur Ausbreitung, damit auch zum Zusammenstoßen mit anderen Rassen und zur Rassenmischung gegeben.

Je mehr historische Schicksale eine Rasse durchlebt hat, je entwickelter, je kultivierter sie ist, um so stärker ist sie auch gemischt. Keine Menschenrasse gibt es überhaupt nicht mehr, ebensowenig strenge Grenzen zwischen den einzelnen, sondern nur fließende Uebergänge. Je höher die Kultur steigt, je intensiver der Völkerverkehr sich gestaltet, um so einheitlicher wird die Menschheit. Nicht die Rassen bilden Gegensätze, sondern die ökonomischen Beziehungen schaffen solche, sowohl zwischen fremden Völkern, wie zwischen den Klassen eines Volkes, die wirtschaftliche Ausbeutung bringt sie hervor. Wo vom „Rassenkampf“ geredet wird, dient diese Phrase nur dazu, ökonomische Interessengegensätze zu verschleiern. Und insofern dieser Ausnutzung für geschäftliche Interessen ist die Phrase vom Rassengegensatz und Rassenkampf noch nicht an ihrer Lächerlichkeit zugrunde gegangen.

Diese allgemeine Erkenntnis, die jeder urteilsfähige Sachkenner unterstreichen wird, wendet Kautsky nun auf die sogenannte Judenfrage an. Er zeigt zunächst, daß nach allen anthropologischen Untersuchungen von besonderen körperlichen Merkmalen der Juden, die sie als Gesamtheit von den sie umgebenden Völkern unterscheiden, in keiner Weise die Rede sein kann, was auch bei der weitestgehenden historischen Entwicklung des jüdischen Volks garnicht möglich sein würde. Er weist ferner nach, daß der sogenannte jüdische Charakter nichts weiter ist, als die „auf die Spitze getriebene Eigenart des Städters“, die sich aus der jahrtausende lang erzwungenen Lebensweise der Juden zur Genüge erklärt. Er zeigt aber zugleich auch, daß diese Eigenart in dem Maße verschwindet, wie die das Judentum einengenden Schranken fallen, daß der seit dem 19. Jahrhundert in ganz Westeuropa einsetzende Befreiungs- und Assimilationsprozeß dem Judentum zwar einen gewaltigen wirtschaftlichen und geistigen

Aufstieg und eine enorme kulturelle Bedeutung gebracht hat, es aber als besonderes Volkstum unablässig und unrettbar auflöst. Nur künstlich wird das jüdische Volkstum noch erhalten, durch den Antisemitismus, der, lediglich aus Konkurrenzneid gegen die ihren besonderen Lebensverhältnissen zu verdankende ökonomische und geistige Ueberlegenheit der Juden hervorgebracht, früher unter religiöser Flagge segelte und sich jetzt naturwissenschaftlich zu drapieren liebt, der sich im 19. Jahrhundert als „Sozialismus der Dummen“ unter kräftiger Förderung nichtjüdischer Kapitalistenkreise vornehmlich gegen das jüdische Kapital richtete und jetzt insofern der führenden Rolle, die jüdische Intellektuelle und Proletarier in der Arbeiterbewegung spielen, zu einer besonders dummen und feigen Uebertreibung der Sozialistenfresserei geworden ist — wie die Pogrome in Polen, Ungarn und Rumänien heute in erster Linie Sozialistenblut vergießen. Aber so sehr der Antisemitismus bei der Dummheit und Rohheit Anfang findet; als eine reaktionäre Bewegung bleibt er notwendig erfolglos, wie der trotz aller Bedrückung und Verfolgung stetig fortschreitende Aufstieg des Judentums zeigt.

Das eigentliche jüdische Problem ist die Befreiung der leidenden jüdischen Massen Osteuropas im eigenen Lande, und dieses Problem ist untrennbar mit dem der Befreiung Osteuropas überhaupt und seinem Eintritt in das allgemeine Kultur- und Wirtschaftsleben verbunden. Die Emanzipation der Ostjuden aber wird auch ihre Assimilierung an die übrige Bevölkerung herbeiführen; nicht in der Form, daß die Juden etwa zum Christentum überzutreten würden, sondern dadurch, das beide Teile ihre religiösen und nationalen Vorurteile verlieren und sich zu einer auf höherem Niveau stehenden Menschheit verschmelzen werden.

Die Ueberwindung aller Rastenvorurteile, die Ablehnung aller aus ihnen gezogenen Folgerungen durch wissenschaftliche Erkenntnis — das ist die Leistung des Kautsky'schen Buches, das niemand ungeschoren lassen darf, der die Aufklärung über die gesellschaftlichen Probleme unserer Zeit erstrebt. In allen Arbeiterbibliotheken wird es heute, wo der Antisemitismus sich auch der Arbeiterschaft zu bedienen sucht, eine hervorragende Stelle einnehmen.

Europäisch-asiatischer Geistesaustausch. Zwischen Hermann Kenzler und Rabindranath Tagore ist ein europäisch-asiatischer Geistesaustausch ins Leben gerufen worden, von dem wir uns, wenn er wirklich schon durchgeführt wird und nicht — wie es schon scheint — zu einer Nebenache wird, bedeutende Anregungen versprechen können. Tagore will seine Schule „Shanti Niketon“ (Friedensstein) in Wolpur, einer kleinen Stadt, etwa 100 Meilen von Kalkutta an der Bahn gelegen, zu einer internationalen Universität anage-

Die englischen Bergarbeiter halten aus

III. London, 3. Juni. (Reuter.)

Die Ablehnung der Regierungsbedingungen durch die Bergarbeiter hielt jetzt so gut wie fest. Man nimmt jedoch an, daß die Besitzer weitere Schritte unternehmen werden, um eine neue Grundlage für die Beratungen zu finden. Es stehen weitere Besprechungen Ende der Woche bevor.

Die Meldung zeigt, daß die englischen Bergarbeiter zu weiterem zähen Durchhalten bereit sind, und es ist wohl anzunehmen, daß die auf dem deutschen Bergarbeiterkongress beschlossene Unterstützung der Engländer zu dieser Entscheidung wesentlich beigetragen hat. Wie die „weiteren Schritte“ der Besitzer aussehen werden und welches das Ergebnis der angekündigten Besprechungen sein wird, bleibt abzuwarten. Die Besitzer sollen, wie auf einem anderen Wege gemeldet wird, mit den von den Bergarbeitern abgelehnten Vorschlägen des Ministerpräsidenten einverstanden sein. Es ist daher kaum anzunehmen, daß die „weiteren Schritte“ der Besitzer wesentlich über diese Vorschläge hinausgehen und damit schon in nächster Zeit zu einer Verständigung führen werden.

Es handelt sich jetzt darum, daß die englische Bergarbeiterschaft durch die internationale Arbeiterbewegung wirklich ernsthaft unterstützt wird. Der Beschluß der deutschen Bergarbeiter, die Einfuhr von Reparationskohle nach England nach Möglichkeit zu verhindern, lenkt die Aufmerksamkeit von neuem auf den bereits früher gefaßten Entschluß des internationalen Transportarbeiterverbandes, der die Landessektionen aufforderte, den Transport von Kohle nach England zu unterbinden. Soll der deutsche Beschluß von Wirksamkeit sein, so bedarf er der Unterstützung durch die Transportarbeiter der westlichen Länder. Der Ruf der Transportinternationalen muß von neuem und verstärkt betont und beachtet werden. Das gilt nicht zuletzt für die englischen Transportarbeiter, die das Bemühen der deutschen Bergarbeiter vor allem unterstützen müssen. Von ihnen wird jedoch gemeldet, daß sie das Verbot des Transportes ausländischer Kohle in England aufgehoben haben sollen, ein Schritt, der für die solidarische Hilfe der Deutschen verhängnisvoll sein dürfte. Das gilt ferner vorwiegend für die französischen und belgischen Transportarbeiter, denn die Einfuhr von Reparationskohle nach England ist nur über Belgien und Frankreich möglich. Die Kraft der französischen Transportarbeiterorganisation aber ist im Augenblick gelähmt durch den von Moskau aus entfachten inneren Streit, der sich gerade in dieser Zeit, die höchste Aktivität von den französischen Arbeitern fordert, zur Spaltung steigert. Wir bringen eine Meldung darüber an anderer Stelle. Hier aber möchten wir betonen, daß sich das Vorgehen der Kommunisten in den französischen Gewerkschaften wie in der internationalen Gewerkschaftsbewegung überhaupt an diesem Beispiel als ein Verrat an der englischen Bergarbeiterschaft kennzeichnet.

Die englische Regierung hat ihre Abwehrmaßnahmen gegen die Bewegung abgeschlossen. Sie läßt melden, daß die Truppenmacht für diesen Kampf „genügend eingeebnet und organisiert“ sei, so daß die Anfang April einberufenen Reservisten entlassen werden können. Der Ausnahmezustand ist verlängert worden.

Die Sinnfeiner-Unruhen

Ärmisenen im Unterhaus

EE. London, 3. Juni.

In der gestrigen Unterhausung kam es zu starken Ärmisenen bei der Besprechung der irischen Frage. Staatssekretär Greenwood beantwortete mehrere Fragen des Abgeordneten Kenworthy und erklärte dabei, daß viele seiner Behauptungen falsch seien. Sie bedeuteten nichts anderes als eine Sinnfeinerpropaganda. Die Mitglieder der Opposition schrien darauf: Sie lügen! Der Sprecher mußte eingreifen. Greenwood erklärte dann, daß seit dem 1. Juni d. J. durch die Sinnfeiner 6 Frauen getötet, 7 verwundet und 3 entführt worden seien. Lloyd George, der hierauf das Wort nahm, er-

halten. Die Schule soll dann zu breiteren Wirkungsmöglichkeiten für eine lebendige Verbindung der Kulturen des Abend- und Morgenlandes dadurch verhelfen, daß sie die von ihr kommenden jungen Leute, die nach Europa gehen, zuerst an die „Schule der Weisheit“ Kennerleys nach Darmstadt verweist. Ebenso sollen umgekehrt besonders befähigte Darmstädter Schüler nach Velpur kommen. Auch ein Austausch geistiger Führungskräfte ist in Aussicht genommen. Dazu soll eine Verbindung von Darmstadt und Velpur auch mit dem anderen großen alten asiatischen Kulturmittelpunkt in China treten. Hier will Dr. Karl Wilhelm, der früher in Tientsin tätig war und mit seinen hervorragenden Veröffentlichungen asiatischer Werke in Deutschland erfolgreich für die tiefere Kenntnis des ferneren Ostens gewirkt hat, seine Gründung in Peking in ähnlicher Weise wie die Darmstädter Schule mit den beiden anderen Anstalten in Verbindung, in persönlichem und geistigem Austausch halten. — Wir werden uns mit dieser Idee wie überhaupt mit den großen Problemen des asiatischen Geistes (die auch für uns von Bedeutung sind) noch ausführlich und kritisch beschäftigen. Die geschäftsmäßigen Berichte, die von Darmstadt veröffentlicht werden, erfüllen uns mit großem Mißtrauen gegen die Wesenhaftigkeit des Geistes, der dort waltet. Zunächst blicken wir weniger Reflektierte und Zeitungsnotizen, damit der asiatische Geist nicht die Luft verliert, die Verbindung einzugehen.

Ein neuer Reichsadler und Reichsprägestempel. Der Reichskanzler Dr. Edwin Rebscheid macht in der Zeitschrift „Das Vaterland“ einen neuen Entwurf für den Reichsadler bekannt, der auf den Offenbacher Schriftkünstler Rudolf Koch zurückgeht. Koch sucht auf dem vielumstrittenen Adler Schmidt-Kottluffs, strebt aber eine mehr zeichnerische Lösung an und erzielt gegenüber dem von Kottluff Energie gestrahten hölzernen Adler Vogel Schmidts eine ausgeglichene Arbeit. Auch der Reichsprägestempel, von Doepler, mit einem Adler, ist jetzt durch einen neuen Entwurf abzulösen geworden. Sigmund von Wechsungen hat den neuen Stempel gezeichnet, der in Tier und Schrift gut zusammengeht und ein geschlossenes Gesamtbild erhält. Für die Wahlarten der einzelnen Länder, diese weitverbreiteten Ausweise, hat der Berliner Graphiker Hadant, der Schöpfer der neuen Hundertmarknote, die verschiedenen Wappen neu gezeichnet. Sie werden nun besser angebracht, die Schrift wird vernünftiger verteilt, die Ausweise bekamen ein neues gut proportioniertes Format und können sich nun mit Anstand sehen lassen.

Der Strohhut. Das Stück mit diesem sommerlichen Titel ist 70 Jahre alt. Ob es der Sommerdichtung der Kammerpiele 70 Tage helfen wird, ist zweifelhaft. Denn es hat den größten Fehler, den ein Theaterstück überhaupt haben kann: Es ist nichts für die guten, nichts für die schlechten Theaterbesucher. Es ist lustlos, aber nicht interessant und ist robustes, verbes Schwamtheater, aber nicht derb genug. Der Verfasser Labiche hatte

Maria, daß die Militärbehörden in Irland autorisiert seien, alle notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um den Anbruch zu unterbinden und die Ordnung im Lande wiederherzustellen.

In Castlereagh kam es zwischen Jivisten und Polizei zu Zwischenfällen. Die Jivisten waren in einem Hause verbarrikadiert. Ein Jivist wurde getötet.

Untaten bei der Schupo

Ueber seine furchtbaren Erlebnisse in den Händen der sogenannten Schupo in Mitteldeutschland machte ein Genosse der Dresdner „Unabhängigen Volkszeitung“ so bezeichnende Mitteilungen, daß die Regierung, wenn sie nicht jeden Gefährdes Anstandes dar wäre, sofort alle Schritte ergreifen müßte, um das in der Schupoorganisierte Hunnertum zur Rechenschaft zu ziehen. Der betreffende Genosse mußte wegen familiärer Angelegenheiten zu seiner Frau nach Marburg a. d. Lahn fahren, und zwar am Ostermontag. Bis Halle war er gekommen, doch dort wurde ihm gesagt, er müsse in Großflugel aussteigen. Die Zugverbindung über Kassel nach Marburg war unterbrochen, so daß er eine Strecke zu Fuß zurücklegen mußte, um dann von Dürrenberg weiter zu fahren. Die tragischen Ereignisse schildert er nun wörtlich wie folgt:

„Nachts gegen 11 Uhr bin ich zu Fuß bis nach Merseburg gelaufen. Kurz vor Merseburg stellten mich kommunistische Arbeiter an, da sie vermuteten, ich sei ein Spion. Sie ließen mich aber bald wieder weiterwandern. Gegen 7 Uhr morgens wurde ich bei Sipo-Patrouille, die mich auf ein Auto brachte. 1/8 Uhr wurde der Sturm auf das Leunawerk eröffnet. Nach halbständiger Beschießung wurde es erklüftet. Eine große Anzahl Gefangener wurde zu mir auf das Auto gebracht. Kurz nach Mittag setzte der Gefangenentransport ein. Man brachte uns unter Beschimpfungen nach dem Hauptquartier der Sipo, nach dem Schloß Merseburg. In einer Turnhalle wurden wir alle zusammengepackt und von jedem beliebigen Sipo-Soldaten beschimpft und geschlagen.“

Auf meine Anschuldigung antwortete man nur mit höhnischem Gelächter und ärgerter Mißhandlung. Man ließ mich nicht frei, sondern transportierte mich gegen Abend mit allen anderen nach Leunawerk. Während des Transportes legten die Mißhandlungen und Beschimpfungen wieder ein. Man nannte uns Lumpengefängnisse, Strochge, Siromer, Post usw.

Eine 2400 Mann wurden im „Silo“, einer Abteilung des Leunawerkes, eingesperrt. Der Major, der die Befestigung vornahm, schlug uns ohne jeden Vorbehalt ins Gesicht und beleidigte uns mit Schimpfwörtern. Lumpenpad, Gefindel, Verbrecher waren wir, und wir würden in kürzester Zeit an die Wand gestellt und erschossen. Als ich mich bei ihm trank meldete, sagte er zu mir: „Mein lieber Freund, in einer Viertelstunde bin ich wieder da, dann werde ich dir etwas geben, daß du verreckst.“

Ein gewisser Wachtmeister Schwarz tat sich besonders dadurch hervor, daß er die Gefangenen aufs ärgste mißhandelte. Er schlug ohne weiteres demjenigen, der ihm im Wege stand, mit der Faust ins Gesicht. Erwiderete man etwas, so wurde man wieder ins Gesicht geschlagen und solange

mit dem Gummiknüdel traktiert,

bis man zugab, schuldig zu sein. Ich kam eines Morgens dazu, als mich ein Genosse zärteln wollte. Er schrie mich an: „Du Hund, du As, wie kommst du dazu, dich zärteln zu lassen? In fünf Minuten bringst du mir denjenigen, der dich zärteln wollte, dann komme ich mit dem Gummiknüdel und werde dich solange hin- und herjagen und mit dem Gummiknüdel traktieren, bis ihr verreckt!“ Einem jungen Arbeiter, der ein Glasauge hatte, schlug Schwarz ins Gesicht. Als er ihn auf sein Leiden aufmerksam machte, trat Schwarz ihn mit den Füßen und schlug ihn mit der Faust auf die andere Seite des Gesichtes mit den Worten: „Du As, du verdammter Hund, ich will dir das andere Auge auch noch kaputt hauen!“ Währenddessen wurden unaufröhlich Gefangene herausgeholt, hinter den Silo geführt und

ohne jegliche große Vernehmung erschossen.

Eines Abends wurden vier Gefangene eingesperrt, die angeblich mit Waffen getroffen worden sind. Unter größten Mißhandlungen mußten sie sich an die Wand stellen, „Hände hoch“ und „Kniebeuge“. Stundenlang mußten sie in dieser Verfassung bleiben. Sobald einer ermattete oder sich etwas aufrichtete, wurde er mit dem Gewehrstoß in die Knie geschlagen, bis er zusammenbrach und liegen blieb. Ein Mann von ungefähr 50 Jahren, der einem Sipo im Wege stand, wurde von ihm mit einem schweren Stoß über Kopf und Rücken geschlagen, bis der Stoß zerplatzte. Selbst die Kameraden, die die Toten beerdigten, wurden beschimpft und mißhandelt. Nach etwa 14 Tagen wurden wir nach Wittenberg a. d. Elbe transportiert. Hier behandelte man uns gut, allerdings gab man uns nur trodenes Brot

das Glück, zu seinen behetzten Strömen von Heiterkeit über die Pariser Bühnen zu treiben. Heute — nee! Ein junger Mann hat an seinem Hochzeitstag nichts Besseres vor, als einer jungen Dame genau denselben Strohhut zu suchen, den ihr sein Droschkenpferd aufgefressen hat. Er stolpert durch ganz Paris und die ländliche Hochzeitsgesellschaft immer hinter ihm her. Schließlich findet er den gesuchten Hut spät am Abend in seinem eigenen Zimmer. Das Stück ist das Vorbild zahlloser Verwechslungswänke. Man kann auch nicht leugnen, daß Labiche einmal sehr geistreich, schlagfertig, amüsan gewesen sein muß, ist er es doch heute noch. Literarisch war der Abend also ganz interessant. Man lachte auch, besonders über die Schauspieler. Edithofer hatte viel naive Eleganz, die an deutschen Bühnen selten ist. Frey Hellus, sonst ein unerträglicher Liebhaber, entpuppte verwunderbare Komik, und was wir alle fühlten, sprach Gustav Adolf Henckels mit immer neuer Echtheit aus: „Gott, ist mir heiß!“ Aber deswegen wird das Publikum nicht ins Theater gehen, daher — schnell etwas Neues. P. St.

Tagore in Berlin. Tagore hielt gestern als Gast der Universität einen Vortrag vor der Berliner Studentenschaft. Die ganze Presse war dazu eingeladen, die „Freiheit“ nicht. Vermutlich waren der Universitätsleitung die Schriften Tagores nicht bekannt, sonst hätte sie genutzt, daß der antimilitaristische, antifaschistische, antimilitaristische Dichter uns viel näher steht als ihr. Dann hätte sie ihn wahrscheinlich auch nicht zum Sprechen eingeladen.

Montessori-Schulen in England. Dr. Maria Montessori weiß, wie wir einem Artikel des „Berl. Börsen-Courier“ entnehmen, seit einigen Monaten in England. Die englische Regierung hat die hervorragende italienische Pädagogin berufen, damit sie die Schulen, in denen ihre Erziehungsgedanken zur Ausführung gebracht werden, beobachtet, prüfen und vervollkommen kann. Auch sollen weitere Lehrkräfte ausgebildet werden. Aus zahlreichen Ländern sind Teilnehmer, Männer und Frauen zu diesem internationalen Montessori-Kongress eingetroffen, u. a. aus Deutschland drei Lehrerinnen. Einen illustrierten Artikel über die Montessori-Methode brachte die „Freie Welt“, 2. Jahrgang, Heft 37.

100 000 M. für Schachsport sind in Berlin gesammelt worden, damit Capablanca und Lasker sich noch einmal messen können. Dagegen ist die Kindererleichterung in Rätienberg geschlossen worden, da, wie der Betriebsrat mitteilt, keine Mittel dazu vorhanden sind.

Deutschland, Deutschland über alles. Aus dem „Leipziger Tageblatt“. Am Freitag, den 23. April, hat Herr Harry Morion, das Magenphänomen, 108 Glas Raumannbier innerhalb 8 Minuten getrunken. Einer Herausforderung folgend, hat er sich nunmehr verpflichtet, am Freitag, den 29. April, in der Abenddunkelung 300 Glas Raumannbier zu trinken.“

Stenographer. Frau ohne Schilten“ neu heute auf 100000 Woch verhöben, dafür „Johannes-Engel“ und „Ordnungs-“ Käuger als „Edelmann“.

Kollektive. Nachbrennend Tagore bei der gestrigen Aufführung seines Bühnenstücks „Das Vaterland“ bezeugend.

und Wasserluppe zu essen. Die Gefangenenlager selbst boten ein Bild der größten Unreinlichkeit. Am 23. April wurde ich ohne Fahrgeld entlassen. Wenn Sie kein Geld haben, bleiben Sie eben solange hier, bis Sie die Mittel aufbringen, von uns können Sie nichts bekommen.“

Für diese und ähnliche Schandthaten ist in erster Linie das preußische Ministerium des Innern verantwortlich zu machen. Es hat in die Schupo in der Hauptsache das reaktionäre Offizierselement aufgenommen, welches in der Reichsmehr, keinen Unterschluß finden konnte. Dieses Offizierslement hat die Republik und haßt die Arbeiter, die sie geschaffen haben. Bei jeder sich bietenden Gelegenheit nehmen diese Offiziere Rache an den Arbeitern für den 9. November. Solange solche Männer in der Schupo das Kommando führen, wird die Schupo ihren Namen nicht verdienen.

Der Kongress der russischen Gewerkschaften

DE. Riga, 2. Juni.

Der Moskauer Allrussische Gewerkschaftskongress hat mit der Annahme einer Reihe von Resolutionen geendet, die den Thesen des Allrussischen Gewerkschaftsforums entsprechen. Da die Kongressdelegierten von den Gewerkschaftsorganen in den Gouvernements und Kreisstädten erwählt waren, waren die Oppositionsparteien nur durch einzelne Delegierte vertreten. Die Zahl der Parteilisten betrug 306 gegen 1870 Kommunisten. Die Tätigkeit des alten Zentralkomitees wurde sowohl von den Menschewisten, wie auch von einigen Kommunisten scharf kritisiert. Ein Menschewist beantragte die völlige Unselbständigkeit der Gewerkschaftsorgane in der Provinz, den Bürokratismus des Gewerkschaftsapparats und dessen Entfremdung von den Arbeitermassen. Auch die kommunistischen Kritiker tadelten den Bürokratismus der zentralen Gewerkschaftsorgane und stellten fest, daß der Allrussische Gewerkschaftsrat in den wichtigsten Grundfragen keine klaren Richtlinien verfolgte. In den Thesen über die Aufgaben der Gewerkschaften, die dem Kongress von dem führenden Gewerkschaftler Tomski vorgelegt wurden, heißt es, daß die Entwicklung der privaten Kleinindustrie und die Verpachtung größerer Betriebe an das Privatkapital wirtschaftlich notwendig sei. Die Gewerkschaften müßten bei den Arbeitermassen das Verständnis dafür wecken, sich aber gleichzeitig dazu rufen, die Interessen der Arbeiter in den Privatbetrieben, deren Zahl voraussichtlich rasch anwachsen werde, wahrzunehmen. Die Thesen von Japetawitsch verlangen die Besserung der Lage der Spezialisten. Man müsse die Hindernisse für die Heranzüchtung russischer Spezialisten beseitigen und den Zustrom von technischen Kräften aus dem Auslande fördern. Die Thesen von Kaplun über den Arbeiterschutz verlangen eine Reihe von Maßnahmen zur Besserung der Lage der Arbeiter in den Staatsbetrieben. Ueberstunden müßten auf das unbedingt Notwendige eingeschränkt werden. Jugendliche bis zu 16 Jahren sollten in die Betriebe nicht weiter aufgenommen werden. Das Verbot für Nachtarbeit von Frauen und Kindern müsse wieder eingeführt werden, ebenso wie eine Reihe von Maßnahmen zum Schutze der Frauen und Kinder, die unter dem Druck der Notwendigkeit aufgehoben worden sind.

Verbandstag der Angestellten

Donnerstag, den 2. Juni

Im Anschluß an das am Tage zuvor von Schröder gehaltene Referat wurde heute über das einheitliche Arbeitsrecht debattiert. Es wurde dazu eine Entschließung gefaßt, in der es heißt, daß der Mensch als Träger der Arbeitskraft und Schöpfer aller Werte ein Vorrecht vor allen Gütern und Einrichtungen der Erde besitzen muß. Es ist deshalb notwendig, für die Rechtsbeziehungen aus dem Arbeitsverhältnis ein neues, einheitliches, soziales, Les Recht zu schaffen, das vom Menschen und seinen Lebensbedürfnissen ausgeht. Der erste Verbandstag des Zentralverbandes der Angestellten fordert daher mit allem Nachdruck, daß entsprechend diesen Grundfragen die gesetzgebenden Körperschaften in beschleunigter Weise ein

einheitliches Arbeitsvertragsrecht

schaffen, damit endlich die heute noch bestehende Zersplitterung der Dienstvertragsbestimmungen für die Privatangehörigen in Handelsgesellschaft, Gewerbeordnung, Bürgerliches Gesetzbuch und in einer Anzahl von Sondergesetzen beseitigt wird. Durch Schaffung von Arbeitsgerichten, die ausschließlich für alle Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis zuständig sind, ist allen Angestellten eine billige und schnelle Rechtsprechung zu ermöglichen. Ebenso fordert der 1. Verbandstag, daß die sozialen Versicherungsanstalten sich vereinheitlichen und eine ausreichende soziale Fürsorge für alle Verfallsfälle des Lebens geschaffen wird, deren Kosten die Gesamtheit aufzubringen hat.

Zu der Frage Betriebsräte und Konsumvereine wurde auf einen Antrag des Gaus Schließen einstimmig beschlossen:

„Das Bestreben der Unternehmer, die Betriebsräte mit dem Einkauf und der Verteilung der verschiedenen Waren zu beschäftigen, ist nur als Versuch zu betrachten, die Betriebsräte von ihren eigentlichen Aufgaben abzulenken, und darf in Zukunft seitens derselben keinerlei Unterstützung mehr finden. Die Versorgung der Arbeiter und Angestellten mit Waren aller Art ist die ureigenste Aufgabe der genossenschaftlichen Organisation des Konsumvereins und ist dieselbe mit allen Mitteln zu fördern.“

Lohn- und Tarifwesen.

Sodann sprachen Brenke und Rogow als Referenten. Gegen die von ihnen vorgelegten Richtlinien wurden in der Diskussion verschiedene Bedenken erhoben. Es wurde daher eine Redaktionskommission gewählt, die eine entsprechende Fassung des Richtlinienkommissions vorzubereiten soll.

Zur Jugendfrage und dem Lehrlingswesen sprach als Referent Haa, in der Debatte Jugendsekretär Maschke und andere. Es kam zum Ausdruck, daß es gelte, die Angestellten schon in ihrer Jugend für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen. Die so gemonnene Jugend könne nicht in der Organisation sich selbst überlassen, sondern müsse an ihr Erziehungsergebnisse leisten. Man könne die Jugend aber nicht für dauernd gewinnen, wenn man ihr fortgesetzt nur wissenschaftliche, theoretische Vorträge halte, sondern man müsse sich der Frage der Jugend anpassen und ihr zunächst die elementaren Grundgedänge beibringen. In einer vom Referenten vorgelegten Entschließung wird eine den Jugendlichen günstigere Ausgestaltung des Lehrlingsrechts verlangt. Gegen den Widerspruch Berliner, Velpziger und anderer Delegierter wird die Debatte geschlossen. Schmidt-Berlin hatte die Fortsetzung der Debatte mit dem Hinweis gefordert, daß noch diejenige Richtung zur Geltung kommen müsse, die die Beherlung überhaupt von den Fesseln des Lehrlingsvertrages befreien will. Die Richtlinien des Referenten wurden angenommen. Damit war eine Resolution des Gaus Brandenburg und der Ortsgruppe Berlin gegenstand des Gaus geworden, in der es heißt: „Die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse jugendlicher Angestellten ist eine im öffentlichen Interesse liegende Angelegenheit, die nicht dem Einzelvertrag zwischen den in Betracht kommenden Parteien vorbehalten bleibt, auch nicht ausschließlich Aufgabe der Unternehmervertreterungen (Handwerkskammern, Innungen) sein kann, sondern mit größerem Nachdruck als bisher von der durch die Gewerkschaften abzuwickelnden Tarifverträge zu erfolgen hat.“

Schließlich berichtete Lehmann-Dresden namens der vom Verbandstage eingesetzten

Schwerwerdekommission.

Auf ihren Antrag wurden gegen nur eine Stimme die angeforderten Auskünfte aus dem Verbands (einschließlich der ehemaligen Berliner Mitglieder Friesch, Philipp, Bed, Benzel, Dix, Frische, Wolf und Sachs) befragt.

